

20 Jahre Senioren-Union der CDU Deutschlands

Jubiläumsveranstaltung anlässlich ihrer Gründung 1988

Konrad-Adenauer-Haus

Klingelhöferstr. 8

10785 Berlin

Viele waren gekommen, nur wenige Plätze waren noch frei. Es herrschte eine gewisse Gelassenheit im Publikum. Schließlich war die Veranstaltung den über 60 jährigen gewidmet. Sie waren mehr aus Dankbarkeit für die bisherige Politik denn in aufrührerischer Stimmung gegen die in den Medien breitgewalzte Rentenpolitik gekommen. Die Alten wissen aus Erfahrung, dass ein Jahr vor der Bundestagswahl immer polarisiert wird. Trotzdem waren auf dieser Veranstaltung auch andere und neue Töne zu hören. Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU in Deutschland, Herr Professor Wulff, sprach die Begrüßungsworte, in denen er die Anerkennung der älteren Generation einforderte. Diese mache inzwischen 30 % der Bevölkerung aus. Dieser Anteil sei so groß, dass ohne sie die Zukunft Deutschlands nicht gewonnen werden könne. Das waren starke Worte. Heute kann man sich eine CDU ohne die Senioren-Union nicht mehr vorstellen. Das liegt nicht nur daran, dass auch die Partei CDU altert. Schließlich gerade die Älteren treue Wahlgänger für die CDU.

Die Senioren-Union wurde vor 20 Jahren gegründet. Ihre Gründung war keineswegs unumstritten. Schließlich sind die Senioren in einer Bevölkerung wenig beflügelnd, obgleich die Führungsriege zumindest in der Vergangenheit eine Seniorenriege war. Heute setzen die Senioren vielleicht aufgrund ihrer zunehmenden Zahl Lampenzeichen. Die heutigen Senioren haben ein großes Selbstvertrauen, das aber auch Macht bedeutet. Wenn sie auch aus dem Berufsleben in der Regel ausgeschieden sind, haben sie doch eine Beobachterposition in der Gesellschaft und sind keineswegs nur auf sich fixiert. Sie fühlen sich nämlich als gleichberechtigte Partner der Jungen, ihrer Kinder und Enkelkinder. Damit nehmen sie eine Brückenfunktion ein, und ihre Werteorientierung richtet sich auch gegen ihre eigenen Partikularinteressen. Die ältere Generation ist auch äußerst sensibel gegen ihre Standortbestimmung und erwartet die ihr zustehende Ehre (4. Gebot), die ihr zunehmend verweigert wird. Das haben die letzten Äußerungen in den Medien gezeigt.

Der Begriff der Altersarmut, im Augenblick vorherrschend in der Presse, wurde kurz gestreift, aber auch gleichzeitig betont, dass keine Generation in die Armutsfalle sinken darf.

Zweifelsohne bestehen Probleme im Konsens zwischen den Generationen, die durch ungeeignete Provokationen wie Altersschwemme und Ausplünderung der Jungen geschürt werden. Keine Generation hat das Recht, nur seine eigenen Interessen durchzusetzen. Damit wird der Selbstverwirklichung eine deutliche Absage erteilt.

Der 2. Redner war Gerhard Braun, Gründungsvorsitzender der Senioren-Union der CDU. Er war Gründer der Senioren-Union und wurde 1985 Seniorenbeauftragter. Im Jahr der 1. freigewählten Volkskammer der DDR war Herr Braun in Burg Scheidungen an der Unstrut, dem Bildungszentrum der CDU-Ost. Dort hatte er auf Einladung vor den CDU-Vertretern der DDR ein Referat gehalten. Bereits im Februar 1990 wurde mit seiner Hilfe die Senioren-Union in Cottbus gegründet. Dresden folgte im März 1990. Herr Braun vergaß nicht zu erwähnen, dass die Gründung in Dresden mit einem 18 jährigen CDU-Mitglied stattfand wohlwissend, dass Junge und Alte zusammengehören! Herr Braun betont in seiner Rede, dass die Alten keine Betreuungsobjekte sind, sondern für eine Mitarbeit zur Verfügung stehen.

Der Höhepunkt dieser Veranstaltung war die Rede von Heiner Geißler, mit 35 Jahren bereits Minister für Soziales in Mainz und langjähriger Generalsekretär der Bundes-CDU. Wie immer machte Heiner Geißler eine grundsätzliche Standortbestimmung der CDU: Sie ist keine konservative Partei, sondern eine christlich demokratische! Das Etikett konservativ werde von den Linken und liberalen zwecks Abgrenzung verwendet z.B, von Altkanzler Schröder und Guido Westerwelle. Die CDU ist nicht nur eine Partei der Mitte, sondern eine 50 % Volkspartei, wenn sie wieder eine Politik für die Menschen macht. Jede Personauseinandersetzung schadet dem Ansehen der Partei, aber um die Sache muss gestritten werden, weil zuerst die anstehenden Probleme benannt werden müssen. Wo es keine gibt - weil man sich dafür nicht interessiert hat – stehen Personalfragen im Mittelpunkt der Debatten ohne Rücksicht auf das Ansehen der Partei. Daran ist aber der Bürger, der spätere Wähler, nicht interessiert.

Heiner Geißler setzte sich dann mit der Basta-Politik von Altkanzler Schröder auseinander uns schreckte auch nicht vor bissigen und daher griffigen Formulierungen über dessen Reformpolitik zurück. Seine Metapher **Reform, Uniform, Chloroform** rief verständnisvolle Heiterkeit hervor. Heiner Geißler spricht von der Revolution in der DDR und verachtet den Begriff der Wende, der von den Linken gebraucht wird. Die ruhmreiche Sowjetunion ist seitdem von der Weltkarte verschwunden. Derartige gewaltige Veränderungen gibt es nur in Revolutionen, die auch gewaltlos verlaufen können, wenn die Menschen es nur wollen. Die

CDU war während des Vereinigungsprozesses in einer Koalition mit der FDP, der Antisteuerpartei, die eine Steuerhöhung strikt ablehnte. Die Wiedervereinigung war nicht nur für Deutschland und besonders die Bundesrepublik West ein überragendes historisches Ereignis, das von einer Steuererhöhung hätte begleitet werden müssen. Statt dessen wurden die Rentenkassen geplündert und die Wohlhabenden (Beitragsbemessungsgrenze) zunächst verschont. Die Rentenkassen der kleinen Leute haben sich bis jetzt noch nicht erholt. Weil die Finanzierung besonders des maroden Wirtschaftssystems der DDR zusätzlicher Finanzen bedurfte, wurde die Solidaritätssteuer mit den Stimmen der FDP wieder eingeführt, die aber auch die Menschen im Beitrittsgebiet bezahlen.

Heiner Geißler wandte sich dann der Außenpolitik zu und geißelte die Diktatoren der Welt, die nichts mehr fürchten als die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Er meinte damit vor allem die Menschenrechte. Besonders empörte er sich über die Entrechtung der Frauen in Saudiarabien, im Iran, im Sudan u.a. Ländern, die von der Olympiade ausgeschlossen werden mussten; denn die Menschenrechte sind universell und dürfen nicht auf dem Altar der Diplomatie geopfert werden!

Das nächste heiße Thema war für Heiner Geißler das gegenwärtige Wirtschaftssystem. Er geißelten Fundamentalismus und Kapitalinteressen, die sich gegen die Menschen richteten. Es könne schließlich nicht angehen, das täglich mehr als 70 milliarden Euro gebunkert werden, die sich der Steuer entziehen. Mit diesem Geld könne man die Bildung, Forschung, Straßenbau etc bezahlen. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Menschen in der richtigen Ordnung leben, Aristoteles zitierend. Die Frage nach dem richtigen Weg ist die wichtigste und muss im Streit beantwortet werden. So ist der Umweltschutz Menschenrecht. Auch unsere Sprache muss sich ändern; denn der Mensch ist eben nicht nur Kostenfaktor so wie Patienten keine Kunden sind. Die verächtliche neue Kategorie des **3 mal a**, die da heißt **arm, alt, arbeitslos** ist unserer Gesellschaft unwürdig und zeigt einen Werteverfall an.

Dr. Else Ackermann